

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg
Plenarsitzung vom 16.07.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Thema: Verlängerung der Geschäftsführungsverträge bis 2015 mit sechs Einrichtungen (Verkehrsamt der Ostkantone, Verbraucherschutzzentrale (VSZ), Sozialpsychologisches Zentrum (SPZ), Soziale Integration und Alltagshilfe (SIA), Zentrum Mosaik, Frauenzentrum Prisma)

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen,

natürlich gibt es politisch nichts Schöneres als einen ausgeglichenen Haushalt, der unbehelligt von Finanz- und Wirtschaftskrisen auch noch das Ansparen von Reserven erlaubt, so wie es noch in der letzten Legislaturperiode – vielleicht erinnern sie sich – unter dieser Mehrheit der Fall war. Aber damit, und das weiß sie genau, wäre der Opposition das Wasser zum Leben genommen. Was würde also passieren, wenn man diese Opposition unter gegebenen Umständen in die Wüste schickt? Ich verrate es ihnen. Ganz schnell würde der Sand knapp. Dieser Witz stammt übrigens nicht von mir, sondern ist lediglich rezitiert.

Wir sparen also nicht fröhlich vor uns hin, sondern verteilen die Sparlast, ganz bewusst, auf so viele Schultern und so gerecht, wie eben möglich,

damit die Interessen unserer Gemeinschaft – und auch die der Schwächsten unter uns – gewahrt bleiben.

Mittlerweile, nach vielen Minuten Stellungnahmen, sollte jedem klar sein, dass alle Geschäftsführungsverträge, so wie sie mit den Organisationen unterzeichnet worden sind, eingehalten werden und ihre Verlängerung um ein weiteres Jahr vor allem dazu dient, den Organisationen auch im haushaltspolitisch schwierigen Jahr 2015 einen festen Zuschuss zu garantieren. So werden auch über Zeiten knapper Kassen hinweg diese Dienstleistungen abgesichert. Die Regierung verpflichtet sich durch die vorliegenden Geschäftsführungsverträge nämlich dazu, den 6 Partnerorganisationen im Jahr 2015 Zuschüsse von fast 4,4 Millionen Euro auszuzahlen. Das ist die Kernaussage der Vertragsabänderung. Inhaltlich ändert sich an den Verträgen nichts. Deshalb wird die ProDG-Fraktion den Anpassungen zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.